

Öffentliche Bauten und Anlagen

BESCHREIBUNG

Versorgung mit öffentlichen Einrichtungen

Die Entwicklung des Immobilienportfolios des Kantons St.Gallen ist massgeblich durch die Entwicklung des öffentlichen Leistungsauftrags und daraus resultierender Anpassungen an den veränderten Bedarf geprägt. Die übergeordnete Ausrichtung beruht auf der Schwerpunktplanung der Regierung. Die Bereitstellung geeigneter Immobilien zur Erfüllung des öffentlichen Leistungsauftrags konkretisiert sich im jährlichen Investitionsprogramm bzw. in der kantonalen Immobilienstrategie. Letztere baut auf den drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (Gesellschaft, Wirtschaft und Ökologie) auf.

Der Kanton St.Gallen verfügt heute über ein gutes Angebot an öffentlichen Bauten und Anlagen. Die bestehenden Standorte sind für die Mehrzahl der Bevölkerung unter Berücksichtigung des Nutzungszwecks gut erreichbar. Damit ist gewährleistet, dass die öffentlichen Einrichtungen allen Bevölkerungsteilen in allen Kantonsgebieten zugänglich sind.

Die ausgeprägte dezentrale Siedlungsstruktur unseres Kantons hat schon früh dazu geführt, dass die Dezentralisierung öffentlicher Einrichtungen ein wesentliches Prinzip bei der Ausgestaltung öffentlicher Dienste ist. Auch bei zukünftigen Investitionen kommt dem Erhalt der dezentralen Versorgung und der Entwicklung bestehender Standorte eine besondere Bedeutung zu. Es wird darauf hingewirkt, dass die bestehenden dezentralen Verwaltungsstrukturen untereinander soweit als möglich in Übereinstimmung gebracht werden. Wo sachgerecht wird der Aufbau neuer Standorte in Betracht gezogen.

Stand und Entwicklung der öffentlichen Bauten und Anlagen

Aufgrund der Planungen in den verschiedenen Aufgabenbereichen lassen sich Stand und Entwicklung der öffentlichen Bauten und Anlagen wie folgt zusammenfassen:

Allgemeine Verwaltung

Zentralverwaltung: Die Standorte der allgemeinen Verwaltung sind mehrheitlich im Regierungsgebäude und in den Verwaltungsgebäuden an der Lämmli-brunnenstrasse, am Oberen Graben und der Davidstrasse innerhalb des Stadtgebietes von St.Gallen angesiedelt. Die weitere räumliche Entwicklung erfolgt in erster Linie durch Optimierung der bestehenden Standorte.

Öffentliche Sicherheit

Anstalten für den Straf- und Massnahmenvollzug: Das Regionalgefängnis Altstätten wird in den kommenden Jahren am bestehenden Standort erweitert.

Kantonspolizei, Untersuchungsamt und Kreisgericht: Für die kantonalen Verwaltungsstellen ist in Uznach eine Arealentwicklung in Arbeit. Am Standort

Winkeln in St.Gallen West ist ein Sicherheits- und Verwaltungszentrum in Planung.

Bildung

Berufliche Grundausbildung: Das gewerbliche Berufs- und Weiterbildungszentrum im Riethüsli St.Gallen wird erneuert und zur Integration bisheriger Mietstandorte erweitert. Die Erneuerung sowie Erweiterung des Berufs- und Weiterbildungszentrums Toggenburg ist in den nächsten Jahren vorgesehen. Am Standort Rapperswil ist die Planung eines Neubaus für das Berufs- und Weiterbildungszentrum in Vorbereitung.

Mittelschulen: An den Standorten Sargans und Wattwil stehen grössere Erneuerungs-, Instandsetzungsmassnahmen und Neubauten an.

Hochschulen: Der Kanton St.Gallen führt an den Standorten St.Gallen, Rapperswil-Jona und Buchs die OST – Ostschweizer Fachhochschule. Die pädagogische Hochschule St.Gallen (PHSG) verteilt sich auf die Standorte Rorschach, Gossau und St.Gallen.

Universitäten: Im Bereich der Universität St.Gallen stehen, aufgrund von unzureichenden räumlichen Möglichkeiten, zum einen ein Ausbau und zum anderen langfristige Erneuerungsmassnahmen bei den bestehenden Gebäuden an. Die Erweiterung der Universität St.Gallen wird am Standort Platztor in St.Gallen erfolgen.

Kultur

Projekte aus dem Bereich Kultur (Lokremise, Schloss Werdenberg) konnten wesentlich dazu beitragen, das kulturelle Gefüge im Kanton auszubauen und zu stärken. Das Schloss Werdenberg bildet zusammen mit dem Städtli ein einmaliges Ensemble und befindet sich seit dem Jahr 1956 im Eigentum des Kantons St.Gallen. Die Lokremise als Industriedenkmal von nationaler Bedeutung ist an zentraler Lage ein spartenübergreifendes Kultur- und Begegnungszentrum für die Ostschweiz. Ebenfalls in der Stadt St.Gallen ist die Erneuerung des Theaters beschlossen und jene der Tonhalle geplant. Das Schloss Werdenberg, das Alte Bad Pfäfers, die Lokremise St.Gallen, sowie Konzert und Theater St.Gallen sind kantonale Kulturstandorte nach dem Kulturförderungs-gesetz (sGS 275.1; abgekürzt KFG) und werden als solche vom Kanton gemäss den Bestimmungen des KFG unterstützt.

Das Alte Bad Pfäfers befindet sich seit April 2018 wieder im Eigentum des Kantons St.Gallen und ist ebenfalls ein Baudenkmal von nationaler Bedeutung. Es wird vielfältig kulturell genutzt und ist für den südlichen Teil des Kantons sowohl touristisch als auch historisch bedeutend.

Mit dem Klanghaus Toggenburg in Unterwasser (Gemeinde Wildhaus-Alt St.Johann) werden nicht nur in den urbanen Gebieten, sondern auch ausserhalb mittels Kulturbauten die Stärken der Regionen gefördert werden. Das

Klanghaus soll zum musikalischen und architektonischen Zentrum für Naturtonmusik werden.

Die heutigen Standorte des Staatsarchivs werden aufgehoben und am Standort Waldau in St.Gallen wird ein Ersatzneubau erstellt.

Für die Kantonsbibliothek ist in Verbindung mit der Stadtbibliothek ein Ersatzneubau am Blumenmarkt in der Stadt St.Gallen geplant.

Gesundheit

Spitäler: Die Spitalimmobilien wurden per 1. Januar 2017 aus dem Portfolio des Kantons St.Gallen ausgegliedert. Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung erfolgt im Kanton St.Gallen über vier Versorgungsregionen, die sich wie folgt gliedern:

- Region 1: Kantonsspital St.Gallen
- Region 2: Spitalregion Rheintal Werdenberg Sarganserland
- Region 3: Spital Linth
- Region 4: Spitalregion Fürstenland Toggenburg

Psychiatrie: Die Psychiatrie St.Gallen ist in Wil und Pfäfers ansässig. Zum Standort Wil gehört das Spezialwohnheim Eggfeld. An den beiden Standorten Wil und Pfäfers wurde eine Planung zur Arealentwicklung durchgeführt. Am Standort Wil ist ein Neubau für eine Forensikstation geplant.

Volkswirtschaft

Fischereizentren: Im Kanton St.Gallen gibt es zwei Fischereizentren. Diese befinden sich an den Standorten Steinach und Weesen.

Standorte für öffentliche Bauten und Anlagen

Art. 3 Abs. 4 RPG regelt, dass für öffentliche oder im öffentlichen Interesse liegende Bauten und Anlagen sachgerechte Standorte zu bestimmen sind. Insbesondere sollen

- a. die regionalen Bedürfnisse berücksichtigt werden und störende Ungleichheiten abgebaut werden;
- b. Einrichtungen wie Schulen, Freizeitanlagen oder öffentliche Dienste für die Bevölkerung gut erreichbar sein;
- c. Nachteilige Auswirkungen auf die natürlichen Lebensgrundlagen, die Bevölkerung und die Wirtschaft vermieden oder gesamthaft gering gehalten werden.

Im Richtplan werden die Standorte vorgesehener öffentlicher Bauten und Anlagen bezeichnet (Standortsicherung).

Der Richtplan zeigt zudem (soweit bekannt), wie bestehende Bauten und Anlagen, die ihren Verwendungszweck verloren haben, umgenutzt werden sollen (Nachnutzung). Es sind zurzeit keine weiteren Bauten und Anlagen bekannt, die nicht mehr benötigt werden und für die eine Nachnutzung noch offen ist.

Dokumentation

- Investitionsprogramm 2023 – 2032
- Kantonsratsbericht (KR 40.10.10) Dezentrale Erfüllung von Kantonsaufgaben
- Kantonsratsbericht (KR 40.08.01) Förderung von Kulturinfrastruktur

BESCHLUSS

Standorte für öffentliche Bauten und Anlage

An folgenden Standorten sind Neu- oder Ersatzbauten sowie Erneuerungen und/oder Erweiterungen vorgesehen:

<i>Standortgemeinde</i>	<i>Vorhaben</i>	<i>Massnahme</i>
Altstätten	Regionalgefängnis Altstätten	Erweiterung
Sargans	Kantonsschule Sargans	Ersatzneubau
St.Gallen	Berufs- und Weiterbildungszentrum St.Gallen	Erneuerung/Erweiterung
St.Gallen	Universität St.Gallen, Platztor	Neubau
St.Gallen	Neues Staatsarchiv am Standort Waldau	Ersatzneubau
Wattwil	Berufs- und Weiterbildungszentrum Toggenburg	Erneuerung/Erweiterung
Wattwil	Kantonsschule Wattwil	Ersatzneubau
Wil	Psychiatrischen Klinik, Wil, Forensikstation	Neubau
Wildhaus-Alt St.Johann	Klanghaus Toggenburg	Neubau

Koordinationsstand Festsetzung
Federführung Hochbauamt
Beteiligt Nutzerdepartemente

Erlassen von der Regierung am 17. Dezember 2019
und 10. September 2024
Genehmigt vom UVEK am 3. September 2020
und 18. Dezember 2024